

M. DOEBERL

**BAYERN UND
DEUTSCHLAND**

Bayern
und die Bismarckische
Reichsgründung



München und Berlin 1925
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

BAYERN UND DIE BISMARCKISCHE REICHSGRÜNDUNG

Von

M. DOEBERL



München und Berlin 1925
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechtes, vorbehalten
Copyright 1925 by R. Oldenbourg, München

Wenige Ereignisse der deutschen und bayerischen Vergangenheit bergen so hohe Interessen und so große Erinnerungen und sind doch zugleich so sehr mit Legenden überwuchert als das letzte Stadium der Gründungsgeschichte des Bismarckischen Reiches: mit Legenden überwuchert nicht bloß in der zeitgenössischen Publizistik, nicht bloß in der Memoirenliteratur, auch in der wissenschaftlichen Literatur der Gegenwart. Das gilt von der vielberufenen Schrift A. v. Ruvilles („Bayern und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches“ 1909) und z. T. selbst von dem Werke Ottokar Lorenz' („Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches“ 1902), so wertvolle Mitteilungen dieser aus der deutschen Fürstenwelt bringt.

Meine Aufgabe ist es nun, an der Hand der bayerischen Staatsakten, die ich im bayerischen Ministerium des Äußern, im Münchener Geheimen Staatsarchiv, im Münchener Kriegsarchiv und im Münchener Geheimen Hausarchiv zum erstenmal eingesehen habe, aber auch der Akten des Auswärtigen Amtes und des Reichsamtes des Innern in Berlin sowie württembergischer und badischer Staatspapiere diese Legenden vollends zu zerstören und den Hergang rein realistisch, so wie sich das Bild aus dem unmittelbaren Arbeitsnachlaß der Epoche enthüllt, ohne Schönfärberei, aber unter Würdigung der Psychologie, der seelischen Voraussetzungen des bayerischen Staates und Volkes und seiner führenden Männer zu schildern. Dabei möchte eines nicht aus dem Auge verloren werden: heute steht der Bestand des deutschen Nationalstaates für jeden vernünftigen Deutschen außer jeder Diskussion; in der Zeit der Reichsgründung aber war er ein umstrittenes Problem.

Soweit das ohne Kenntnis der ungedruckten Akten möglich war, ist namentlich seitens Wilhelm Buschs („Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum“ 1906, „Württemberg und Bayern in den Einheitsverhandlungen 1870“ in: Historische Zeitschrift, 1912), Georg Künzels („Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung“ 1910), Erich Brandenburgs („Der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund“ 1910, „Die Verhandlungen über die Gründung

des Deutschen Reiches“ in: Hist. Vierteljahresschrift, 1912)¹⁾, Wilhelm Stolzes („Die Gründung des Deutschen Reiches“ 1912), Bernhard Weickers, („Vom Staatenbund zum Bundesstaat“, 2. Teil 1911) wertvolle kritische Vorarbeit zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches geleistet worden. Ihnen bin ich ebenso zu Dank verpflichtet wie den hohen Stellen und Behörden, die mir Einsicht in die Akten gewährt haben. Besonderen Dank schulde ich dem Ministerialdirektor im bayerischen Ministerium des Äußern, Herrn Dr. Ernst v. Müller, der meine Arbeit nicht bloß amtlich sondern auch wissenschaftlich in warmherziger und sachverständiger Weise gefördert hat.

¹⁾ Für die neue Auflage seines Werkes „Die Reichsgründung“ (1923) zog er nunmehr auch die Akten des Auswärtigen Amtes in Berlin heran, soweit das im Rahmen seiner zusammenfassenden Darstellung möglich war. Wertvolle Mitteilungen aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin bringen auch Alfred Stern, Gesch. Europas von 1848—71, Bd. 10 (1924) u. Robert Howard Lord, The origins of the war of 1870, new documents from the German archives (1924).

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	V
I. Bayerische Hemmungen	I
II. Die Haltung Bayerns bei Ausbruch des Deutsch-französischen Krieges	11
III. Bayerische Vorbehalte	43
IV. Bayerische Initiative in der deutschen Frage	58
V. Die Münchener Konferenzen	91
VI. Die Versailler Verhandlungen	103
VII. Aussprache mit Österreich	136
VIII. Das Kaiserproblem	143
IX. Der bayerische Landtag und die Versailler Verträge	176
X. Das Bismarckische Reich und sein Verhältnis zu Bayerns König und Volk	192
Beilagen	215

Abkürzungen:

- H. A. A. = Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes in Berlin.
K. St. A. = Karlsruher Haus- und Staatsarchiv.
M. H. A. = Münchener Hausarchiv.
M. Kg. A. = Münchener Kriegsarchiv.
M. St. A. = Münchener Staatsarchiv (bez. Ministerium des Äußern).
R. d. I. = Registratur des Reichsministeriums des Innern in Berlin.
St. St. A. = Stuttgarter Haus- und Staatsarchiv.

I.

Bayerische Hemmungen.

Ein jubelnder und vorbehaltloser Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich, in den preußisch-deutschen Nationalstaat, ist nicht erfolgt. Die bayerische Regierung wäre auch jetzt einem kleindeutschen Bundesstaat unter preußischer Führung lieber ferne geblieben. Sie betrachtete den Eintritt als eine Konzession und vollzog ihn schließlich nur gegen Gewährung von Sonderrechten.

Aber das ist ebenso gewiß: dieses Zögern, dieser Widerstand hatte, wenn auch hier die Pflicht des Historikers erfüllt, auch hier Personen und Handlungen aus ihren Verhältnissen heraus beurteilt werden sollen, eine innere Berechtigung. Bayern handelte als staatlicher Organismus aus einer gewissen inneren Notwendigkeit heraus.

Die Opfer, die der Norddeutsche Bund von den deutschen Fürsten verlangte, erschienen dem Herzog Ernst von Koburg so bedeutungsvoll, daß er dem Grafen Bismarck gegenüber die Frage aufwarf, ob es nicht besser wäre, eine Art von Mediatisierung der deutschen Fürsten, eine Annäherung an das preußische Herrenhaus eintreten zu lassen.

Eine solche Selbstvernichtung konnte wohl von einem Herzog Ernst, der seine fürstliche Stellung nie besonders hoch eingeschätzt zu haben scheint, angeboten werden.

Nicht aber von dem bayerischen Staate, dem ältesten der deutschen Staaten, einem der ältesten europäischen Staaten überhaupt, einem Staate, der kein Augenblicksgebilde, keine willkürliche Schöpfung eines Willensaktes war, der nach dem Urteile nicht bloß bayerischer Staatsmänner, sondern auch Bismarcks die stärksten Vorbedingungen einer wirklichen Existenzfähigkeit aufwies: eine uralte staatliche Tradition, eine 1400jährige politische Gemeinschaft, eine 1000jährige mit Land und Volk

verwachsene Dynastie, ein ausgeprägtes Staatsbewußtsein seiner Bevölkerung, ein ursprüngliches, wurzelfestes, kraftvolles Volkstum, mit einer uralten Kultur, mit einer besonderen Eigenart der Lebensbetätigung in Wirtschaft und Gesellschaft, mit einem Wirtschaftsleben eigener Prägung bei aller Verflechtung in die deutsche Wirtschaft. Ludwig von der Pfordten schloß eine umfassende Denkschrift aus dem Jahre 1856 mit den Worten: „Man kann die jetzigen Glieder des Deutschen Bundes in zwei Klassen scheiden: in solche, durch die der Bund besteht, und in solche, die nur durch den Bund bestehen. Bayern gehört, wenn es nicht sich selbst aufgibt, unbestreitbar in die erste Klasse. Es trägt die Garantie seiner Fortexistenz in sich, in seiner Geschichte und der mit dieser verwebten Dynastie, in seiner Verfassung, in seinem Territorialumfang, in dem Selbstgefühl und der Kraft seiner Bevölkerung, in der Entwicklung seiner finanziellen, nationalökonomischen und politischen Machtverhältnisse und in den Beziehungen der europäischen Großmächte zu ihm und untereinander.“¹⁾ Und auch Bismarck äußerte schon während seines Frankfurter Aufenthaltes zu dem damaligen bayerischen Bundestagsgesandten Freiherrn v. Schrenck: „Bayern könnte persönliche Politik treiben, weil es sowohl vermöge der Homogenität seines Staates als der Zahl seiner Bewohner für sich selbst zu leben vermöchte, während andere Staaten zweiten Ranges, wie Hannover und Kurhessen, im Hinblick auf ihre geographische Lage sich nicht beikommen lassen könnten, von Preußen, dessen notwendige Enklaven sie seien, sich unabhängig zu machen.“ Derselbe Bismarck wies in einem Schreiben vom Frühjahr 1865 den Gedanken einer „Mediatisierung Bayerns in irgendwelcher Form als etwas Mögliches oder zu Erstrebendes“ durchaus zurück: „Auch in Preußen wird in den Kreisen, welche überhaupt zu politischem Urteil befähigt sind, die selbständige Bedeutung Bayerns vollständig erkannt, welche der bayerische Herr Minister mit so gerechtem Selbstgefühl betont. Bayern ist vielleicht das einzige deutsche Land, dem es durch materielle Bedeutung, durch die bestimmt ausgeprägte Stammeseigentümlichkeit und die Begabung seiner Herrscher gelungen ist, ein wirkliches und in sich selbst befriedigtes Nationalgefühl auszubilden. Die Bedeutung Bayerns steht nicht hinter der der anderen europäischen Staaten zurück, welche selbständig in Europa bestehen, ohne sich an

¹⁾ M. Doeberl, Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert (1917) S. 104.

einen Bund zu lehnen und ohne eine Verletzung ihrer Unabhängigkeit zu besorgen . . . Unsere Verhältnisse weisen uns auf die Bundesgenossenschaft mit Bayern hin, aber nicht auf das exzentrische Streben uns einen kräftigen, in sich zufriedenen und abgeschlossenen, geographisch und volkstümlich zur Selbständigkeit berufenen Staat mit Gewalt oder List zu assimilieren.“ Derselbe Bismarck schrieb in der Übergangszeit zwischen 1866 und 1870 an seinen Vertreter in München, den Prinzen Reuß: „Wir stehen zu den süddeutschen Staaten in einem anderen, man kann sagen günstigeren Verhältnis als zu dem Norddeutschen Bund. In Betreff des letzteren erfordert unsere eigene Sicherheit eine straffere Anziehung der Bande innerhalb des Bundesverhältnisses und für uns eine unbedingte Disposition über die Kräfte des Bundes nach innen und außen . . . In Betreff Süddeutschlands bedürfen wir nicht derselben strengen Form der Einigung, sondern nur eines unzweideutigen Ausdrucks der nationalen Gemeinschaft, welcher gleichzeitig die Gewißheit gibt, daß die süddeutschen Staaten nicht einer feindseligen Tendenz gegen Norddeutschland, einer Anlehnung an fremde Mächte verfallen und daß die Pflege der gemeinsamen materiellen Interessen des deutschen Volkes durch gemeinsame organische Einrichtungen sichergestellt wird . . . Ew. Durchlaucht wollen, namentlich auch in außeramtlichen Kreisen, der etwaigen Besorgnis entgegenzutreten, als schwebte uns der Gedanke vor, unser Verhältnis zu Bayern jemals nach dem Muster zu ordnen, an welchem die geographische Lage uns nötigt Sachsen gegenüber festzuhalten.“ Er ermahnte den Nachfolger des Prinzen Reuß, den Gesandten Freiherrn v. Werthern, zu größtmöglicher Rücksichtnahme auf bayerische Empfindlichkeiten: „Ew. Hochwohlgeboren können versichert sein, daß ich in dieser Richtung jede, auch anscheinend weitgehende, Rücksichtnahme und Bescheidenheit im amtlichen Verkehr mit Bayern bei S. M. dem König zu vertreten bereit bin und es nur billigen und Ihrer Aufgabe angemessen finden werde, wenn Sie sich zum Advokaten der bayerischen Wünsche und Auffassungen und dadurch zum Vermittler eines guten Verhältnisses zu machen suchen.“ Die Prophezeiung seines Gesandten von dem nahen Zusammenbruch des bayerischen Staates weist er bestimmt und entschieden zurück: „Wenn auch keinem Staate, der unsrige nicht ausgenommen, die Dauer zu garantieren, so zeigt doch ein Rückblick auf die Geschichte des bayerischen Staates in seinen Bevölkerungen ein starkes Beharrungs-

vermögen und in den Stammländern eine starke Anhänglichkeit an die Dynastie.“¹⁾

Eine solche Selbstvernichtung konnte nicht erwartet werden von einer Dynastie mit der großen Vergangenheit wie der wittelsbachischen, die den bayerischen Territorialstaat geschaffen, vor den Hohenzollern um die Hegemonie Deutschlands gestritten hatte, die seit dem Dreißigjährigen Kriege wiederholt ein maßgebender Faktor selbst in der europäischen Politik gewesen war, die nach britischem Zeugnisse für Kunst, Wissenschaft und schöne Literatur mehr geleistet hatte als manche europäische Großmacht, die in allem Wechsel der Jahrhunderte und bei allem Reichtum individueller Entfaltung gerade in ihren begabtesten und kraftvollsten Repräsentanten immer wieder zwei Grundzüge ihrer Wesenheit offenbarte: einerseits das Bewußtsein der Zugehörigkeit und der Verpflichtung gegenüber einem größeren Ganzen, der deutschen Nation, anderseits das Streben nach territorialer Selbständigkeit und fürstlicher Selbstherrlichkeit.

Nicht von einem Ludwig II., dem letzten König alten Stils, dem auf der langen Entwicklungsleiter fürstlicher Mentalität verstiegensten Repräsentanten einer tausendjährigen Dynastie, der von „seiner königlichen Stellung und seinem Herrscheramte“, „dem Schönsten, Erhabensten auf Erden“, wie er es nennt, die denkbar höchste Vorstellung, ein krankhaft gesteigertes und mißtrauisch bewachtes Selbstgefühl hatte, dessen Herrscherideal der eifersüchtigste Kronenträger, Ludwig XIV., war. Wie so oft hat auch hier Bismarck gerechter geurteilt. „Die einen,“ hat er später einmal geäußert, „hätten dem Könige von Bayern zugemutet, in einem Einspanner hinter dem Reichsomnibus herzufahren. Die Vorwürfe, die in Preußen gegen König Ludwig erhoben wurden, weil er seine Stellung als souveräner Fürst nicht aufgeben noch wesentliche Rechte an die Reichsgewalt abtreten wollte, seien aber noch unsinniger gewesen. Könnte man denn glauben, daß ein Hohenzoller auf dem bayerischen Thron gleich mit beiden Füßen in die neue Reichsordnung hineingesprungen wäre?“ Allerdings war der König kein Freund politischer Geschäfte, weil sie ihn in seinen romantischen, künstlerischen und literarischen Liebhabereien störten. Seine Arbeitslust und Arbeitskraft litt unter den seelischen Ablenkungsmomenten. Aber wenn es sich um Souveränität und Selbständigkeit

¹⁾ Weisungen Bismarcks im Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes in Berlin.

handelte, zeigte er sehr früh ein lebhaftes Interesse und dieses wuchs mit den Jahren und war so notorisch, daß diejenigen, die ihn zu gewinnen suchten, gerade hier einsetzten. Seit dem Jahre 1866 lebte er in beständiger Furcht für die Unabhängigkeit seiner Krone und die Selbständigkeit seines Landes. In dieser Besorgnis wurde er bestärkt vom Auslande wie vom Inlande, von Frankreich, von Österreich, auch vom Kaiser von Rußland — solche Briefe des Kaisers liegen vor —, ganz besonders aber von den Mitgliedern des königlichen Hauses. Seit dem Jahre 1866 hatte immer wieder der Bruder, der Oheim, der Großvater, der Großoheim vor den großpreußischen Tendenzen gewarnt. Auch diese Briefe sind zum Teil erhalten. Nach dem Bekanntwerden der (für die Versailler Verhandlungen grundlegenden) Verfassung des Norddeutschen Bundes hatte König Ludwig I. an ihn geschrieben: „Soeben lese ich den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Es ist schwer zu sagen, was er den Fürsten und Ständen übrig läßt. Möchtest Du Dich hüten, selbst im geringsten Teile Bayern mediatisieren zu lassen.“¹⁾ Dieser König, der von Haus aus schwer zu einem politischen Entschlusse zu bringen und so gerne geneigt war, selbst von einem wirklich gefaßten Entschlusse in die frühere Entschlußlosigkeit zurückzufallen, glaubte sich durch die Vorstellungen der Mitglieder des königlichen Hauses, durch die Rücksicht auf sie, durch die Angst vor ihnen gebunden. Man fühlt es aus den Entschuldigungen, die er vorbringt, wenn er wirklich einmal in der deutschen Frage ein Zugeständnis gemacht hat. Und diesem im Grunde völlig unkriegerischen Könige war immer wieder von Frankreich wie von Österreich her gepredigt worden, daß Bayern, je entschiedener es den preußischen Versuchen, ihm weitere Konzessionen abzurufen, entgegenrete, um so wirksamer dem Weltfrieden diene: „Der König wird dadurch — so heißt es in einer formell an den österreichischen Gesandten, tatsächlich an den bayerischen König gerichteten österreichischen Weisung — mit der Stellung seines Hauses und Landes zugleich das Interesse der Erhaltung des Friedens wahren; denn das Ausland wird keine gefährlichen Besorgnisse hegen, solange Übergriffe der angedeuteten Art durch den ausgesprochenen Willen des Souveräns und des Landes zurückgewiesen werden, und man wird der Zukunft mit mehr Beruhigung entgegenblicken, wenn man sieht, daß der König von Bayern den Be-

¹⁾ M. H. A.

strebungen der Partei unzugänglich ist, welche zugunsten einer in Berlin zentralisierten Militärmacht mit der Vergangenheit Bayerns und Deutschlands brechen will.“

Eine solche Politik konnte nicht erwartet werden von Ministern, die für jedes Opfer an Souveränitätsrechten nicht bloß ihrem Könige sondern auch der Landtagsmehrheit Rechenschaft legen mußten, die nicht bloß von Österreich, von dem österreichischen Reichskanzler Grafen Beust, sondern mittelbar auch von Mitgliedern des Norddeutschen Bundes durch Schilderung ihrer Verfassungsnoté immer wieder vor der Verfassung des Norddeutschen Bundes gewarnt und von fast allen ihren Vertretern an den deutschen Höfen, vom Freiherrn v. Gasser in Stuttgart, vom Grafen v. Paumgarten in Dresden, vom Freiherrn v. Perglas in Berlin, vom Freiherrn v. Schrenck in Wien, dem früheren Ministerpräsidenten und Bundestagsgesandten, bis zum letzten Augenblicke vom Beitritt zum Norddeutschen Bunde, von dieser „Konfiskation aller wesentlichen Regierungsrechte“, zurückgehalten wurden.

Nicht von Ministern, deren Vorsitzender im Ministerrate, Graf Otto v. Bray-Steinburg, im Vaterhause wie auf seinen diplomatischen Missionen den Geist des alten, souveränen Bayerns, die Staatsauffassung Montgelas', eingesogen hatte, Montgelas', dessen oberstes Staatsprinzip die Wahrung der unbeschränkten Staatssouveränität nach innen und nach außen gewesen war. Gehörte der Vorgänger, Fürst Chlodwig von Hohenlohe, dem Nachmärz an, fühlte er sich nach seiner Herkunft wie nach seiner Bildung und politischen Vergangenheit zuerst als Deutscher und dann erst als Bayer, so gehörte Graf Bray nach seinem Entwicklungsgange dem Vormärz an und war ganz zum Bayern geworden. „Ich gehöre zu jener älteren Generation,“ äußerte er in einer entscheidungsvollen Stunde, „welche an dem Gewohnten und Hergebrachten hängt, besonders wenn sich damit der teure Name des bayerischen Vaterlandes verbindet.“ Graf Bray war denn auch von der patriotischen Volkspartei mit großen Erwartungen begrüßt worden. In der inneren Politik bedeutete sein Ministerium auch in der Tat einen Ruck nach rechts. In der deutschen Politik dagegen bedeutete die Nachfolge des Mitunterzeichners des Berliner Friedens keinen eigentlichen Systemwechsel. Aber das ist ebenso gewiß: Graf Bray betrachtete die deutsche Frage nicht als deutscher Patriot, sondern als Diplomat; dem nüchternen Diplomaten war die deutsche wie jede andere politische Frage nicht eine Herzensangelegenheit, sondern eine Verstan-

dessache. Er war zudem bei seiner Schweigsamkeit und Verslossenheit nationalen Einflüssen von anderer Seite viel weniger zugänglich als Hohenlohe. Mit seinem Ministerium hatte nicht bloß Graf Tauffkirchen ausgespielt, sondern auch Freiherr v. Völderndorff: er war ihm zu durchlässig. Er hat tatsächlich ohne politischen Referenten regiert, er war, wie der württembergische Gesandte Freiherr v. Soden sich ausdrückt, in allen politischen Angelegenheiten sein eigener Referent. Von dem Grafen Bray war zunächst, ohne außerordentliche äußere Einwirkungen, die es ihm verstandesmäßig zu einem unabweislichen Gebote gerade der staatlichen Selbständigkeit machten, eine Initiative in der deutschen Frage kaum zu erwarten. Noch weniger ein vorbehaltloser Eintritt in den Norddeutschen Bund. Wer von den bayerischen Ministern in seiner politischen Auffassung wie in seiner politischen Aktivität am frühesten die seelischen Voraussetzungen für eine Initiative in der deutschen Frage aufwies, das war Johann Lutz. Lutz war aber damals weder Ressortminister der auswärtigen und deutschen Angelegenheiten noch Vorsitzender im Ministerrate, sondern Justizminister und war zu klug und zu vorsichtig, als daß er sich mit den ihm wohlbekanntesten Gesinnungen seines Königs in offenen Widerspruch hätte setzen wollen.

Eine solche Selbstaufopferung war noch weniger von der Landtagsmehrheit, der patriotischen Partei, zu erwarten, die an die innere Umwandlung des politischen Glaubensbekenntnisses Bismarcks nicht glaubte, in König Wilhelm und seinem „dämonischen“ Kanzler nicht die Begründer deutscher Einheit, sondern die Vollender des großpreußischen Einheitsstaates, die Vertreter des „nimmersatten“ preußischen Partikularismus, „der bloß auf Übervorteilung und den schließlichen Untergang der übrigen deutschen Staaten hinarbeite,“ schaute, die die Trennung von den Millionen deutscher Stammesgenossen jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle als einen „blutigen Schnitt durch eine tausendjährige Verbindung“ empfand, die vom protestantischen Kaisertum eine Gefahr für den Katholizismus, von der engen Verbindung Bayerns mit dem Militärstaate Preußen das Gespenst des Militarismus, vom Siege ihres stärksten und schärfsten Gegners, der Fortschrittspartei, auf nationalem Gebiet ein weiteres Vordringen des Fortschrittsprogramms im Bereiche der inneren Gesetzgebung und der Kulturpolitik besorgte. Der Herausgeber der „Historisch-politischen“ Blätter, Dr. Jörg, hat einmal geäußert: „Es ist in zahlreichen Organen gesagt worden, daß es sich nicht bloß

um die Niederwerfung des französischen Erbfeindes handle, sondern auch um die Niederwerfung eines andern Feindes, nämlich um die Niederwerfung der Gegner der national-liberalen Politik bei uns.“ „Nur wenn ganz Deutschland auf den Plan tritt, sind wir gerettet vor nationalliberaler Tyrannis!“ Gerade die innere Politik des Ministeriums Hohenlohe und sein enges Verhältnis zur Fortschrittspartei hatten die Opposition der konservativ-katholischen Richtung, die nach der Katastrophe von 1866 kleinlaut geworden war, neuerdings verschärft und erweitert. Darüber sind auch die „Historisch-politischen Blätter“, die für die Bismarckische Politik in den Anfängen seines Ministeriums oft ein überraschendes Verständnis bekundet hatten, in immer schärferen Gegensatz zur deutschen Politik Bismarcks geraten. Die Fortschrittspartei und mit ihr das Ministerium Hohenlohe wurden nicht bloß als die „Verpreußer“ gebrandmarkt, sondern im Hinblick auf die Hohenlohesche Sozialgesetzgebung auch als die Zerstörer des bayerischen Wohlstandes, im Hinblick auf seine Kirchen- und Schulpolitik als die Zerstörer des Glaubens verschrien. Der Liberalismus, in Bayern die Fortschrittspartei, hat, wie ich später noch näher zeigen werde, namentlich in den Kreisen der Intelligenz und des Beamtentums, beim Bürgertum und der protestantischen Landbevölkerung unermüdlich und erfolgreich für den preußisch-deutschen nationalen Staatsgedanken geworben. Das ist sein Verdienst. Er hat aber auch damals wie später, in den siebziger Jahren, das religiöse Empfinden des katholischen Volksteiles zu wenig geschont und ihm damit das Einleben in die neue deutsche Entwicklung erschwert. Die patriotische Partei war nach der Auffassung des geistig bedeutendsten Führers der Partei, Dr. Jörgs, nichts anderes als die „Koalition aller derjenigen Elemente im Volke, die sich durch die tyrannische Herrschaft des Liberalismus aufgeschreckt fühlten zum Widerstande.“ Und dieser Koalition, dieser Landtagsmehrheit war in Thron- wie in Ministerreden, im Frühjahr und selbst noch bei Ausbruch des Krieges immer wieder das Versprechen gegeben worden, daß die bayerische Regierung nur einer solchen Gestaltung Deutschlands ihre Zustimmung erteilen werde, die die Selbständigkeit Bayerns nicht gefährde. Die patriotische Partei hat auf das Königswort in der Thronrede vom Januar 1870 auch immer wieder hingewiesen. Daß gerade Bismarck die Selbständigkeit Bayerns gegenüber unitaristischen Bestrebungen verteidigen würde, das wußte oder glaubte man damals noch nicht.

Am allerwenigsten konnte man ein solches Opfer in einem Augenblicke erwarten, da Bayern nicht etwa militärisch niedergeworfen worden war, sondern Preußen und Deutschland durch sein bundestreues Verhalten wichtige Dienste erwiesen und die preußische Regierung und die preußische Presse, aber auch zahlreiche Zuschriften aus allen Kreisen und aus allen Gegenden Deutschlands, die noch heute im Kabinettsnachlasse des Königs liegen, diese Verdienste überschwänglich gefeiert und damit das Selbstgefühl Bayerns noch gehoben hatten. In einem Augenblicke, da der König von Preußen eben noch die Zusicherung gegeben hatte, daß Bayerns staatliche Selbständigkeit gegenüber der deutschnationalen Richtung im Krieg und nach dem Krieg unversehrt erhalten bleiben solle, da die preußische Regierung ausdrücklich bekannt hatte: der gegenwärtige, ruhmreiche Krieg habe neuerdings dargetan, daß die berechtigte Selbständigkeit Bayerns mit der Größe und den Interessen Deutschlands wohlvereinbar sei. Gegenüber anders gearteten Erwartungen der sächsischen Regierung erklärte der bayerische Gesandte am Dresdener Hofe: „Schon Fürst Hohenlohe habe den Eintritt Bayerns in den Bundesstaat als mit den souveränen Rechten seines Königs unvereinbar erklärt; um wieviel weniger könne nunmehr jetzt, nachdem durch glänzende militärische Erfolge mit einer ganz selbständigen, ohne auswärtige Hilfe organisierten Armee die volle Ebenbürtigkeit mit Preußen konstatiert sei, von Konzessionen die Rede sein, welche die obersten Kronrechte schmälern.“¹⁾ „Man kann uns doch nicht dafür strafen, daß wir so treulich mithalten,“ hatte schon vorher der frühere Minister Freiherr v. Schrenck zum badischen Gesandten in München geäußert.²⁾

Wenn man mit Recht von preußischen Traditionen spricht, so darf man eben nicht vergessen, daß es auch ein bayerisches Erbe, bayerische Überlieferungen, bayerische Bindungen gab. Wie von Preußen, durfte man auch von Bayern keine Politik erwarten, die nicht seinem eigensten Wesen entsprach. Natur und Geschichte sind das eherne Gesetz, die Notwendigkeit, das Schicksal auch der Staaten.

Die menschliche Natur neigt dazu, alles sie Begeisternde dadurch zu erhöhen, daß sie es von den Arbeitsbedingungen loslösen möchte. Und doch liegt gerade hierin der Hauptreiz, den Wendepunkten der Nationen bis ins innerste Herz zu

¹⁾ Bericht Paumgartens vom 12. Okt. 1870, M. St. A.

²⁾ K. St. A.

sehen, wurzelt gerade hierin die weltgeschichtliche Größe des Lebenswerkes des größten deutschen Staatsmannes, der alle diese Schwierigkeiten überwand, in wenigen Wochen das schuf, wonach Generationen von Staatsmännern und Parlamenten vergebens gerungen.

Die Ankläger Bayerns sind in Wirklichkeit die Verkleinerer Bismarcks.

II.

Die Haltung Bayerns bei Ausbruch des Deutsch-französischen Krieges

Der Schöpferkraft des Genies hat die Schöpferkraft des Krieges den Weg gebahnt.

Schon im Jahre 1860 hatte einer der Gründer der bayerischen Fortschrittspartei, Karl Brater, die prophetischen Worte gesprochen: „Möchten alle wissen in Frankreich, daß Tausende bei uns den Moment eines französischen Angriffs als stärksten Zauber zur Schlichtung des inneren Haders, zur endlichen Lösung der deutschen Verfassungsnot fast ungeduldig herbeisehnen.“ Diesen französischen Angriff brachte der Sommer des Jahres 1870.¹⁾

Kaiser Napoleon III. hatte früher mit Preußen geliebäugelt, solange es galt dem damals noch gefährlicheren Österreich Abbruch zu tun. Seit der Schlacht von Königgrätz erblickte die öffentliche Meinung Frankreichs in Preußen den

¹⁾ Aus der Literatur zur Vorgeschichte des Krieges verweise ich auf: Lenz, *Gesch. Bismarcks*³ (1911); Marcks, *Kaiser Wilhelm*⁶ (1905); H. Delbrück, *Das Geheimnis der Napoleonischen Politik* in: *Preuß. Jahrbüch.*, Bd. 82 (1890); W. Busch, *Die Beziehungen Frankreichs zu Österreich und Italien* (1900); Bourgeois-Clermont, *Rome et Napoleon III.* (1907); v. Petersdorff, *Der Streit über den Ursprung des Deutsch-französischen Krieges* in: *Forsch. z. Brand. u. Preuß. Gesch.*, Bd. 9. u. 10; Brase, *Emil Olliviers Memoiren und die Entstehung des Krieges von 1870* (1912); E. v. Wertheimer, *Zur Vorgesch. des Krieges von 1870* in: *Deutsche Rundschau* Bd. 185 u. 186 (1920 u. 1921); H. Hesselbarth, *Drei psychologische Fragen zur spanischen Thronkandidatur* (1913); R. Fester, *Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien* (1913); derselbe, *Neue Beiträge zur Geschichte der hohenzollernschen Thronkandidatur* (1913); derselbe, *Die Genesis der Emser Depesche* (1915); dazu Stern und Lord a. a. O. — Meine Darstellung der Haltung Bayerns gründet sich vornehmlich auf die bayerischen Ministerialakten im Münchener Geh. Staatsarchiv und die einschlägigen Akten im Münchener Kriegsarchiv; sie wurden ergänzt durch die Akten im Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes in Berlin und durch die intime Korrespondenz zwischen den Grafen Beust und Bray im Nachlasse des letzteren. Vgl. dazu Beilagen I.

gefährlicheren Gegner, den Vertreter des in der Einigung begriffenen Deutschlands und damit jenes Systems, das Frankreich seit Jahrhunderten planmäßig bekämpft hatte. Seit dem Scheitern der französischen Kompensationsforderungen vom August 1866 standen sich auch der Kaiser der Franzosen und der Leiter der preußischen Politik, Graf Bismarck, mit tiefstem Mißtrauen gegenüber. Den Ausgang des Luxemburger Handels vollends empfand Napoleon als eine schwere persönliche Demütigung. Frankreich wachte jetzt gemeinsam mit Österreich über der strengen Einhaltung des Prager Friedens, der der preußisch-deutschen Politik den Weg nach dem Süden versperren sollte. Der Kaiser der Franzosen arbeitete vom März bis Dezember 1869 persönlich an der Bildung einer europäischen Koalition gegen Preußen, an einem Bündnisse mit Österreich, das die Erinnerung an das Jahr 1866 noch nicht verwunden hatte, und mit Italien, das dem früheren Bundesgenossen Preußen grollte, weil dieses seine Absicht auf Südtirol nicht unterstützt hatte. Das Ziel Frankreichs war Erwerbung des Rheins, Zerschlagung Deutschlands in möglichst kleine Staaten und Unterdrückung der hegemonistischen Bestrebungen Preußens. Zu einem Abschluß waren diese diplomatischen Verhandlungen allerdings noch nicht gekommen, hauptsächlich weil Italien Absichten auf Rom hatte und aus diesem Grund Abzug der französischen Besatzungstruppen verlangte und weil Österreich beim Ausbruch eines Deutsch-französischen Krieges nicht sofort losschlagen, sondern erst den Gang der Ereignisse in Süddeutschland abwarten wollte. Immerhin hatten die Monarchen der drei Staaten im September 1869 persönliche Briefe ausgetauscht, in denen die Grundlage und der Geist der vorausgegangenen diplomatischen Verhandlungen als moralisch verpflichtend anerkannt wurde, und hatten im Frühjahr und Frühsommer 1870 in Paris und in Wien militärische Besprechungen über einen künftigen Feldzugsplan gegen Preußen stattgefunden. Napoleon glaubte im Ernstfall auf österreichische und italienische Waffenhilfe rechnen zu dürfen. Und schon hatte Marschall Niel eine Erneuerung und Verstärkung der französischen Armee eingeleitet. Preußen blieben weder die französischen Bündnisverhandlungen noch die französische Heeresreorganisation unbekannt.

Auf diesem Hintergrunde mit seinem „cauchemar des coalitions“ ist der unmittelbare Anlaß zum Deutsch-französischen Kriege, die spanische Thronkandidatur des fürstlichen

Hauses Hohenzollern, und das Verhalten Bismarcks zu ihr zu würdigen.

Die Spanier hatten durch eine Militärrevolution ihr Staatsoberhaupt, die Königin Isabella, verjagt. Sie sahen sich in ganz Europa um Kandidaten für ihren Thron um. Wiederholt dachte man an einen deutschen Prinzen, an ein Mitglied des fürstlichen Hauses Hohenzollern. Wiederholt lehnte das Haus ab. Im Sommer 1870 wurde der Antrag neuerdings gestellt und jetzt nahm der junge Erbprinz Leopold, der älteste Sohn des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, an.

Die Franzosen haben von jeher die Auffassung vertreten, daß die hohenzollerische Kandidatur ein Werk Bismarcks gewesen sei. Die Deutschen haben das lange Zeit bestritten. Die Franzosen haben recht behalten: der Bruder des Erbprinzen von Hohenzollern, König Karl von Rumänien, hat das Geheimnis in seinen Lebenserinnerungen „Aus den Denkwürdigkeiten König Karls von Rumänien“ gelüftet. Seine Enthüllung wurde von anderer Seite bestätigt und ergänzt. Mag auch der Gedanke ursprünglich von Spanien ausgegangen sein oder noch früher von dem jetzigen preußischen Gesandten am Münchener Hofe, Freiherrn v. Werthern, der in einem Schreiben an Bismarck vom 25. Juli die erste Anregung der hohenzollerischen Kandidatur für sich in Anspruch nimmt¹⁾: Bismarck unterstützte den Gedanken so, übte auf den Prinzen und dessen Vater, um ihre anfängliche Abneigung zu überwinden, einen solchen Druck aus, daß die hohenzollerische Kandidatur als sein Werk gelten kann — im Gegensatz zu König Wilhelm von Preußen, der dem Projekte gleichgültig, im Grunde des Herzens sogar abgeneigt gegenüberstand. Um die Gefahr, daß die Angelegenheit mit einer diplomatischen Niederlage Preußens enden könnte, zu umgehen, gab Bismarck der Öffentlichkeit gegenüber die Kandidatur für eine Privatangelegenheit des fürstlichen Hauses Hohenzollern aus, an der die preußische Regierung keinen Anteil hätte und wofür sie die Verantwortung ablehne. Unter dem Schutze dieser klug genommenen Deckung betrieb er mit aller Energie die Kandidatur, schickte sogar hohe Beamte und Militärs wie seinen Mitarbeiter Lothar Bucher, den General v. Bernhardt und den Major im preußischen Generalstab v. Versen nach Spanien, um sich über die Lage und Stimmung daselbst aufzuklären.

¹⁾ H. A. A.

Graf Bismarck hat sich in einer für König Wilhelm bestimmten Denkschrift über seine Motive ausgesprochen. Er erwartete von einer deutschen Kandidatur wirtschaftliche Vorteile für Preußen und Deutschland in Spanien. Er versprach sich aber auch politisch-militärische. Die Kandidatur war eben als politischer Gegenzug gegen die antipreußische Koalition gedacht: ein hohenzollerischer König in Spanien zwang im Fall eines Krieges den Kaiser der Franzosen, mit der Möglichkeit einer Bedrohung im Rücken zu rechnen, nötigte ihn also wenigstens ein Armeekorps an den Pyrenäen aufzustellen und damit seine Streitkräfte gegen Preußen zu schwächen. Spanien war vielleicht jetzt eine ähnliche Rolle zugedacht wie 1866 Italien. Man hat auch gemeint, Bismarck habe mit der vollzogenen Tatsache Frankreich überrumpeln und einen diplomatischen Erfolg über das französische Kaisertum erringen wollen, um dessen ohnehin erschüttertem Ansehen einen weiteren moralischen Schlag zu versetzen. Man hat selbst gemeint, Bismarck habe mit dieser Kandidatur von Anfang an den Franzosen eine Falle stellen und den Ausbruch des Krieges beschleunigen wollen. Es ist wohl wahrscheinlicher, daß, wie beim Ausbruche des Weltkrieges, beide Teile erst durch die Macht der Ereignisse immer weiter getrieben wurden: die französische Regierung durch die eigene Unvorsichtigkeit, Bismarck durch die Provokation seitens der Franzosen, in dem Augenblick, als diese durch überspannte Forderungen einerseits sich ins Unrecht gesetzt, anderseits Preußen vor die Gefahr einer moralischen Niederlage gestellt hatten, die namentlich auf Süddeutschland nachteilig einwirken konnte. Jedenfalls hat Bismarck von diesem Augenblick an die Entwicklung bewußt verschärft, in der Absicht den Krieg zu beschleunigen.

Bismarck wußte, daß ein Waffengang mit Frankreich, schon wegen der Lösung der deutschen Frage, für die Dauer unvermeidlich sei. Damals erachtete man es als die Pflicht eines Staatsmannes, einen Krieg, den er für die Dauer unvermeidlich hält, zeitlich zu seinen Gunsten zu fixieren, sei es durch Beschleunigung, sei es durch hinziehende Verhandlungen. Nun aber wußte man im preußischen Generalstabe, daß das Instrument des Krieges, das Heer, trotz der Bemühungen des Marschalls Niel in Frankreich tatsächlich nicht fertig war, Preußen aber, dessen Heereseinrichtungen inzwischen in den neuen preußischen Provinzen wie in Süddeutschland durchgeführt waren, einen großen militärischen Vorsprung

besaß, der jedoch für die Dauer kaum aufrechterhalten werden konnte. Militärische Erwägungen forderten also eine Beschleunigung des Krieges und diese hielt Bismarck vielleicht auch durch die Rücksicht auf gewisse Vorgänge in Württemberg und in der bayerischen Kammer für geboten: aus Gründen, die ich schon früher anführte, namentlich kirchenpolitischen, hatte sich hier das Verhältnis zu Preußen wieder unfreundlicher gestaltet.

Aber freilich, die hohenzollerische Thronkandidatur war kein Kriegsanaß, der von Haus aus geeignet war, günstig auf die Entwicklung der alles beherrschenden deutschen Frage einzuwirken. Ein „Prinz auf dem Throne Karls V.“ war keine nationale Angelegenheit, sondern eine dynastische, die das deutsche Interesse zunächst wenig oder nicht berührte — die Franzosen haben das richtig herausgeföhlt —, war nicht das von den nationalen Parteien ersehnte „Moment eines französischen Angriffs“, sondern gleich eher einer Herausforderung Frankreichs. Alle derartigen Thronkandidaturen sind Gegenstände internationaler Verhandlungen gewesen und die französische Regierung übte von ihrem Standpunkt aus ein gutes Recht, wenn sie verlangte, daß eine Kandidatur, die sie ihrem Interesse, ihrer Sicherheit, ihrem moralischen Ansehen im Land gefährlich hielt, zurückgezogen werde. Auf Grund der Allianzverträge von 1866 föhnten sich die süddeutschen Staaten, wenigstens Bayern und Württemberg, nur bei einem Angriffskrieg auf Deutschland zur Heeresfolge verpflichtet. Es war fraglich, ob im Fall eines aus der hohenzollerischen Thronkandidatur entstandenen preußisch-französischen Waffenganges die süddeutschen Regierungen den casus belli als gegeben erachten würden. Es war selbst zu befürchten, daß der Zwischenfall die ohnehin schon gereizte Stimmung eines Teiles der süddeutschen Bevölkerung gegen Preußen verschärfen werde.

Wie nun Bismarck der, wie es schien, preußischen Herausforderung den Charakter eines französischen Angriffs, der dynastischen Angelegenheit des Hauses Hohenzollern die Gestalt einer nationalen Frage des deutschen Volkes zu geben wußte, war eines der Meisterstücke seiner Diplomatie. Allerdings bereiteten ihm zwei ganz verschiedenartige Momente den Weg dazu: das herausfordernde Benehmen Frankreichs und das nach der Auffassung Bismarcks schwächliche Verhalten König Wilhelms von Preußen.

Die Wahl des Prinzen Leopold durch die spanischen Cortes, die als eine vollendete Tatsache die Welt überraschen sollte,

verzögerte sich. Dadurch gewann die französische Presse unter Führung des offiziellen „Constitutionnel“ Zeit, sich des Falles zu bemächtigen. Durch die französischen Zeitungen ging ein Sturm der Erregung und dieser pflanzte sich in die französische Kammer fort: „Das zweite Empire hat Italien und Preußen groß gemacht. Seine Schuld war Sadowa, seine Schuld ist es, wenn ein preußisches Reich, in dem die Sonne nicht untergeht, entstehen sollte.“ Unter dem Druck der Presse und des Parlamentes gab die französische Regierung am 6. Juli im gesetzgebenden Körper Erklärungen ab, die einer Herausforderung an die preußische Regierung gleichkamen: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht, einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzend, zu unserem Schaden das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte in Europa stören und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, dieser Fall wird nicht eintreten. Wir rechnen auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volkes, daß sie es verhindern. Sollte es anders kommen, so würden wir, stark durch die Unterstützung des Parlamentes und der Nation, ohne Zaudern und ohne Schwäche unsere Pflicht zu erfüllen wissen.“ Schon fiel im Schoße des Parlamentes das Wort, daß man Zeuge einer Kriegserklärung gewesen sei. Schon verkündete der „Constitutionnel“ am Morgen des 7. Juli, daß Frankreich zum Marschieren bereit sei. Da der Unterstaatssekretär im Berliner Auswärtigen Amte, v. Thile, in Vertretung des in Urlaub weilenden Grafen Bismarck erklärte, daß die Regierung des Norddeutschen Bundes von der Thronkandidatur des hohenzollerischen Prinzen nichts wisse und daß diese als eine hohenzollerische Hausangelegenheit sie auch nichts angehe, erhielt der französische Botschafter am preußischen Hofe, Graf Benedetti, den Auftrag, das Haupt des hohenzollerischen Hauses, den zur Kur in Ems weilenden König Wilhelm, zu verpflichten, daß er dem Prinzen Leopold den Verzicht auf die spanische Thronkandidatur anrate oder gar befehle.

Der König lehnte ruhig und gemessen jede Verpflichtung ab: er lasse dem Prinzen volle Entschlußfreiheit, vermeide jede Beeinflussung. Aber er gab dem Grafen Benedetti doch zu verstehen, daß er einem Verzicht des Erbprinzen nichts in den Weg legen werde, er ging so weit, daß er den Grafen auf Briefe aus Sigmaringen, die er erwarte, vertröstete. In der

gleichzeitigen Korrespondenz mit dem Vater des Prinzen, dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, vermied es König Wilhelm zwar geflissentlich, einen Verzicht zu befehlen oder auch nur anzuempfehlen; er wollte die Verantwortung für ein Zugeständnis nicht übernehmen, das das deutsche Nationalgefühl verletzen konnte. Aber er gab doch brieflich wie mündlich, durch seinen Adjutanten, deutlich zu verstehen, daß er einem Verzicht zustimmen werde, ja daß er den Kriegsvorwand Frankreichs beseitigt wünsche. Wirklich traf am 12. Juli, zunächst in Madrid, dann in Paris, die Nachricht ein, daß der Fürst von Hohenzollern im Namen seines in den Bergen weilenden Sohnes angesichts der drohenden Verwicklungen auf die spanische Kandidatur verzichtet habe. Bismarck, der seinen König telegraphisch gebeten hatte, sich mit dem Grafen Benedetti auf nichts einzulassen, ihn vielmehr an seinen Minister zu verweisen, war nicht zufrieden mit der Haltung König Wilhelms. Er erklärte allerdings in Berlin, wohin er inzwischen aus dem Urlaube zurückgekehrt war, nach dem Berichte des bayerischen Geschäftsträgers: „Le prince a renoncé, tout est fini.“ Aber in einem Ton und mit begleitenden Worten, die deutlich seinen Unmut verrieten. Demselben bayerischen Geschäftsträger entgegnete er später, als dieser die rasche Entsagung des Prinzen von Hohenzollern im Interesse des Friedens als „sehr chevaleresk“ rühmte: daß er das gar nicht chevaleresk gefunden habe, vielmehr hätte der Prinz entweder die Kandidatur nicht annehmen oder, nachdem er sie angenommen habe, gleich nach Spanien gehen müssen, ohne viel zu fragen, keinesfalls aber die preußische Regierung in die Angelegenheit verwickeln dürfen. Bismarck sprach eine Zeitlang von Rücktrittsgedanken.

In der Tat, die Haltung König Wilhelms konnte, wiewohl er und Fürst Anton von Hohenzollern den Schein einer Mitwirkung des Preußenkönigs beim Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern vermieden hatten, für das Ansehen des preußischen Staates gefährlich werden: nach den Provokationen der französischen Zeitungen, der französischen Kammer und der französischen Minister konnte der Anschein entstehen, als ob nicht der Erbprinz von Hohenzollern, sondern der Preußenkönig vor den französischen Drohungen zurückgewichen sei.

Und doch gebührt gerade König Wilhelm ein nicht geringes Verdienst daran, daß der Waffengang Preußens mit Frankreich den Charakter eines Verteidigungskrieges und

einer nationalen Erhebung annahm und damit zum Einigungskriege werden konnte. „Wilhelms persönliches Verdienst war es, daß er die Kandidatur entschlossen beseitigte und den Franzosen, wenn sie sich damit nicht zufrieden gaben, das Odium und die Folgen des Angriffs zuschob.“ Und die französische Regierung gab sich nicht zufrieden. Sie wollte nicht bloß den Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern, sie wollte, um sich einen diplomatischen Erfolg zu sichern und ihre Stellung im eigenen Lande zu heben, eine „participation du roi de Prusse“, eine königlich-preußische Stempelung des Verzichtes. Graf Benedetti erhielt am Morgen des 13. Juli den Auftrag, von König Wilhelm die weitere Erklärung zu fordern, daß der König von Preußen dem Verzicht des Erbprinzen zustimme und eine Bewerbung des fürstlichen Hauses Hohenzollern auch in Zukunft nicht zulassen werde. Das war eine glatte Herausforderung.

Bis jetzt war die Kriegsursache eine dynastische gewesen, galt in weiten Kreisen Preußen als der Angreifer, war der Krieg für Preußen ein schweres Wagnis; seit dem 13. Juli war der Waffengang ein Angriffskrieg Frankreichs, war die Kriegsursache eine nationale, verhiieß der Krieg für Preußen und — Deutschland Gewinn. Das Übrige besorgte die überlegene Politik Bismarcks, unterstützt von seinem politischen Zögling, dem Geheimen Rat Abeken, mit der Emser Depesche und der Kundgabe der Absicht einer preußischen Garantieforderung gegen die Wiederkehr solcher französischer Herausforderungen — in demselben Augenblicke, da man sich französischerseits doch noch entschloß, mit der Billigung des Verzichtes durch den König von Preußen sich zu begnügen, die weitergehende Forderung fallen zu lassen. Angesichts der bevorstehenden preußischen Garantieforderung und des drohenden preußischen Ultimatum sah die französische Regierung die einzige Sicherung gegen eine innere Revolution in der Kriegserklärung an Preußen. Am 14. Juli wurde von einer engeren Konferenz, am 15. vom französischen Gesamtministerium die Kriegserklärung beschlossen.

Der seit Jahren von Tausenden „ersehnte Moment eines französischen Angriffs als stärkster Zauber zur Schlichtung des inneren Haders, zur endlichen Lösung der deutschen Verfassungsnot“ war gekommen. Und schon hatte Preußen halbe Gewißheit, daß weder Österreich noch Italien dem Kaiser der Franzosen Waffenhilfe leisten würden. Rußland verpflichtete sich, Österreich mit 300000 Mann anzugreifen,

wenn es losschlagen sollte. Schon hatte der englische Minister Gladstone zum preußischen Botschafter in London geäußert: Preußen sei bis an die äußerste Grenze der Versöhnlichkeit gegangen und Frankreich würde im flagrantesten Unrecht sein, wenn es trotzdem Krieg beginnen würde.

Es ist für die Entwicklung der deutschen Frage zunächst von Bedeutung, wie diese welthistorischen Vorgänge an die bayerische Regierung herangetragen wurden.

*

Die erste Nachricht von der hohenzollerischen Thronkandidatur kam nach München durch den Vertreter des bayerischen Gesandten in Berlin, Freiherrn v. Tautphöus, und zwar in der Form, als ob die Wahl des Prinzen von Hohenzollern bereits vollzogen sei. Tautphöus berichtete am 4. Juli: „Heute Nachmittag brachte das hiesige Wolffsche Telegraphenbureau die Nachricht, daß von den spanischen Cortes ein Prinz von Hohenzollern zum König erwählt und bereits eine Deputation von Madrid abgereist sei, um demselben die Krone anzubieten.“ Erst am 7. Juli berichtigte und ergänzte er seine Meldung dahin: der spanische Gesandte habe auf telegraphische Weisung aus Madrid der preußischen Regierung mitgeteilt, daß das spanische Ministerium beschlossen habe, den Prinzen von Hohenzollern den Cortes als Thronkandidaten vorzuschlagen, in der Erwartung, daß die Wahl Preußen angenehm sein werde.

Am 5. Juli meldete Tautphöus, der französische Geschäftsträger in Berlin habe sich heute zum Unterstaatssekretär v. Thile begeben, um die Stellung der preußischen Regierung zur hohenzollerischen Thronkandidatur zu erfahren, wobei er ihm nicht verhehlte, daß die Nachricht in Paris einen ungünstigen Eindruck gemacht habe. Herr v. Thile sei durch die Frage sichtlich in Verlegenheit geraten, habe sich den Anschein gegeben, nur aus den Zeitungen davon Kenntnis zu haben, und schließlich geäußert, daß die preußische Regierung von derartigen Verhandlungen nichts wisse. Dieselbe Unkenntnis habe anfänglich auch der spanische Gesandte in Berlin zur Schau getragen und sich dabei auf seinen Kollegen in Paris berufen, der telegraphiert habe, daß die Nachricht völlig unbegründet sei.

Der bayerische Geschäftsträger in Berlin hält von Anfang an die Möglichkeit einer Bismarckischen „Intrigue“ nicht für ausgeschlossen: Graf Bismarck würde viel wagen, um dem

Hause Hohenzollern eine Macht zu erringen, wie sie seit Karl V. nur von den Habsburgern in Europa besessen worden sei. Später hat sein Chef, der nicht gerade preußenfreundliche Gesandte Freiherr v. Perglas, unter Berufung auf authentische Quellen und auf Mitteilungen vertraulichster Natur, die Mitwirkung Bismarcks bei der Aufstellung der hohenzollerschen Thronkandidatur mit aller Bestimmtheit gemeldet und intime Einzelheiten über deren Vorgeschichte berichtet: „Mit allen offiziellen Drucksachen wird Bismarck uns (eingeweihte Diplomaten) nicht überzeugen können, daß er nicht, und zwar amtlich, um die hohenzollerische Kandidatur gewußt habe. Schon vor Monaten war dieselbe wiederholt dem Könige zur Billigung unterbreitet worden, der dieselbe längere Zeit verweigerte. Graf Bismarck hat allerdings damals die Erörterungen darüber und Aufzeichnungen nicht in seinem Departement pflegen und arbeiten lassen, sondern er hat veranlaßt, daß letztere im Hausministerium zu geschehen hätten. Wohlbekannt war ihm die Sache, und ihre Behandlung ist ebenso unter seiner Leitung und seiner Verantwortlichkeit wie alle andern Maßregeln im Norddeutschen Bund erfolgt. Endlich hatte der König dem Andrang des Fürsten Hohenzollern (des Vaters) nachgegeben, der hieher gekommen war und zwei Momente zur Erwägung empfahl, um den Beschluß zu erlangen, einmal den Wert für Spanien, einen deutschen Prinzen auf dem Thron zu haben, dessen Geburt und hohe Eigenschaften dem Lande Garantie der Entwicklung und Konsolidierung bieten würden, dann, daß im Fall eines Krieges Preußens mit Frankreich seine Erhebung auf den spanischen Thron von unschätzbarem Werte für Preußen sein würde.“

Alle diese Meldungen waren derart, daß die hohenzollerische Thronkandidatur als ein Ausfluß dynastischen Ehrgeizes und diplomatischer Intrigue und als ein Affront gegen Frankreich erscheinen konnte, nicht aber als eine nationale Angelegenheit, in der sich das deutsche Volk in der Rolle des Verteidigers befand. Und hierin mußten die Nachrichten noch bestärken, die über das Verhalten der neutralen Höfe, ihre Überraschung und ihre Mißbilligung, eintrafen, namentlich aus Wien. „Graf Beust“ — so meldete der interimistische bayerische Geschäftsträger am österreichischen Hofe, Graf Fugger — „ging bereitwilligst auf eine Besprechung hierüber ein und gab mir seine Ansicht bezüglich dieser Frage dahin kund, daß er glaube, daß das Projekt, den Prinzen Hohenzollern auf den spanischen

Königsthron zu erheben, aufgegeben werden müsse, da es den Intentionen des Tuilerienkabinetts nicht entspreche und letzteres die Angelegenheit sehr ernst nehme . . . Der Reichskanzler fügte die Bemerkung bei, daß er den Grafen Bismarck in dieser Sache nicht begreife, indem, wenn die Kandidatur zu keinem Resultate führe, wie es bei der ernsten Haltung Frankreichs den Anschein habe, es für den Grafen Bismarck eine Blamage sei, während das Gelingen des Projektes einen Krieg mit Frankreich hervorrufen könne, der für Preußen unter ungünstigen Verhältnissen zu führen wäre, da besonders Süddeutschland sich nicht erwärmen werde, für einen Hohenzollern die spanische Krone zu erwerben.“

Die Nachrichten, die in den nächsten Tagen aus Paris eintrafen, lassen jedoch Sympathien für Frankreich nicht aufkommen. Der bayerische Gesandte in Paris, Graf v. Quadt, meldet ein förmliches Wutgeheul aus der französischen Hauptstadt: Die oppositionellen Zeitungen speien Feuer und Flamme gegen die hohenzollerische Thronkandidatur. Bald beschränken sie sich nicht mehr auf Proteste, sondern erheben Forderungen an Deutschland. Schon liest man in der Zeitung „Paix“, daß der Rhein für die Sicherheit Frankreichs unentbehrlich sei, schon verheißt ein französischer Deputierter in der gesetzgebenden Versammlung: „Wenn wir den Rhein nehmen, alsdann werden wir die Armee um 10000 Mann verringern können“, schon äußert „nach bester Quelle“ der französische Außenminister Herzog v. Gramont selbst: „nous ferons plutôt la guerre que de tolérer un Hohenzollern sur le trône d'Espagne.“ Alle diese Wutausbrüche und Drohungen baut man nach dem Berichte des Gesandten auf die vermeintliche Neutralität Süddeutschlands. Und dann meldet er den scharfen Protest im offiziellen „Constitutionnel“, die bekannte Interpellation Cocherys, die herausfordernden Erklärungen Gramonts und Olliviers vom 6. Juli und den enthusiastischen Beifall, den sie im gesetzgebenden Körper hervorriefen. Er unterstreicht noch den herausfordernden Charakter dieser Erklärungen, stellt ausdrücklich fest, daß sich Ollivier nach der Aussage des bayerischen Legationsrates Rudhart, der der berühmten Sitzung im gesetzgebenden Körper anwohnte, folgender Worte bediente: „Chaquefois — l'histoire nous le démontre — que la France s'est montrée ferme, l'Europe a plié devant la volonté de la France, exprimée sans exagération et dans les limites de son droit.“ Der Gesandte fügt hinzu: „Diese geflissentliche Rücksichtslosigkeit gegen das Berliner

Kabinet, welches man in Gegensatz zum peuple Allemand stellt, ist nicht danach angetan, das Einlenken in Berlin zu erleichtern. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß nunmehr die französische Regierung es darauf abgesehen hat, mit Preußen anzubinden oder zum mindesten letzteres, falls es nachgibt, eklatant zu demütigen.“ Am 10. Juli telegraphiert der Gesandte aus Paris: „Offizielle Blätter erklären heute bereits einen Verzicht Hohenlohes für ungenügend, verlangen Ausführung des Prager Friedens, Emanzipation Süddeutschlands von Preußen, Räumung von Mainz.“ Gleichzeitig faßt er seine Eindrücke in die Worte zusammen: „Welches auch immer das Verhalten des Grafen Bismarck in der spanischen Throne kandidaturfrage gewesen sein mag, so berechtigen doch alle Symptome zu der Annahme, daß die französische Politik darauf abzielt, diesen erwünschten Prätext zu verwerten, um den Krieg mit Preußen einzuleiten. Dieser Vorgang des duc de Gramont erinnert unwillkürlich an den Neujahrsgruß, welchen Napoleon im Jahre 1859 an den österreichischen Botschafter v. Hübner gerichtet hat, mit dem Unterschiede, daß diesmal die parlamentarische Form gewählt wurde; daher bereits die Erklärung des duc de Gramont als du Huebnerisme parlementaire bezeichnet wird. Die Sprache der hiesigen Journale resumiert sich in dem Satz: Il faut en finir, une guerre avec la Prusse était inévitable après l'humiliation permanente infligée à la France depuis quatre ans, mais encore y fallait-il un prétexte plausible . . . L'important était d'avoir un prétexte de guerre qui n'intéressât pas l'Allemagne; il faut donc saisir la balle au bond. Die Revanche von Sadowa ist nunmehr der Grundton der hiesigen Politik. Die bekannte Mobilität des französischen Temperaments offenbart sich bei diesem Anlaß wie beim italienischen Kriege.“

Noch einmal melden die bayerischen Gesandtschaftsberichte eine Gelegenheit zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Frankreich und Preußen — die Emser Verhandlung. Am 9. Juli schreibt der bayerische Geschäftsträger in Berlin: „Wie E. K. Majestät aus meinem letzten Telegramm von heute morgen bereits zu entnehmen geruht haben, ist die spanische Frage in eine neue Phase eingetreten, insofern die Verhandlungen nunmehr von Souverän zu Souverän geführt werden und deshalb einen ganz persönlichen Charakter an sich tragen, wodurch die Aussichten auf eine friedliche Lösung wesentlich an Wahrscheinlichkeit gewonnen haben.“ Der Geschäftsträger berichtet gleichzeitig von den Bemühungen

des englischen, italienischen und österreichischen Botschafters um die Erhaltung des Friedens und schließt mit der Hoffnung, daß der hohenzollerische Prinz vermocht werde, freiwillig auf seine Kandidatur zu verzichten, was wohl der einfachste Ausweg aus dem Dilemma wäre.

Aber schon wenige Tage später, am 12. Juli, künden die Vertreter Bayerns aus den europäischen Mittelpunkten des politischen Lebens neue Unruhe und Sorge. Freiherr v. Tautphöus schreibt aus Berlin: „Trotz der etwas günstigeren Auspizien beharrt Herr v. Thile bei seiner Ansicht, daß der Krieg unvermeidlich sei. Es ist sehr auffallend, daß Herr v. Thile auch Diplomaten gegenüber mehrmals bereits die Überzeugung ausgesprochen hat, daß es zum Kriege kommen werde. Was ich um so mehr hervorzuheben mir erlaube, als der Staatssekretär sonst nie eine persönliche Ansicht kundzugeben pflegt.“ Graf Quadt berichtet am gleichen Tage aus Paris: „Die französische Politik hat es entschieden darauf angelegt, in kürzester Frist den Krieg mit Preußen einzuleiten. In den offiziellen Kreisen äußert man unverhohlen: On est admirablement préparé, c'est une occasion magnifique pour faire la guerre, il ne faut pas la laisser échapper, ce serait une grande calamité, si un arrangement pacifique prévalait. Daher auch die verletzendsten Zumutungen an den König von Preußen gestellt werden, um einen Ausgleich zu hintertreiben. Das désistement des Prinzen von Hohenzollern ist schon nicht mehr genügend, sondern es handelt sich darum, den König von Preußen zu Erklärungen zu nötigen, die eine eklatante Demütigung involvieren.“ Auch aus Wien meldet Graf Fugger: „Sowohl in diplomatischen Kreisen als im großen Publikum ist man hier der Ansicht, daß das Kabinett der Tuileries die Thronbesetzung Spaniens durch einen Prinzen aus dem hohenzollerischen Hause benutzen wolle, um mit Preußen den großen Kampf zu beginnen, und es ist auch schwer, sich das Auftreten des Herzogs von Gramont in der spanischen Frage gegenüber der französischen Kammer zu erklären, wenn nicht die Absicht bestünde, einen Konflikt herbeizuführen.“ Selbst der nichts weniger als preußenfreundliche bayerische Gesandte Freiherr v. Gasser schreibt am 12. Juli aus Stuttgart: „Der Herzog von Gramont und Herr Ollivier eröffneten die Unterhandlungen in einer derart undiplomatischen Weise, daß ein Nachgeben Preußens fast ausgeschlossen wird und man unwillkürlich an einen parti pris von seiten Frankreichs zu denken gezwungen ist. Ist dem so,

dann ist der Krieg die Revanche für 1866 und die spanische Thronkandidatur bloß der Vorwand. Die französische Regierung verfolgt alsdann eine Entschädigung auf Kosten Preußens — das heißt Deutschlands. In demselben Augenblicke tritt aber auch die Frage der Verpflichtung an Süddeutschland heran.“

Und dann kamen in rascher, überstürzender Folge die Nachrichten von dem Verzicht des Prinzen Leopold von Hohenzollern, von neuen, weitergehenden Zumutungen Frankreichs an den König von Preußen, von der Garantieforderung Bismarcks, von den denkwürdigen Vorgängen in Ems und zuletzt, am 14. Juli, auf dem Weg über die preußische Gesandtschaft die von Bismarck telegraphisch übersandte Emser Depesche mit einem auf das monarchische Gefühl Ludwigs II. zugeschnittenen Zusatz: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen der Kaiserlich französischen Regierung von der Königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems Seiner Majestät dem Könige noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphiere, daß S. Majestät der König Sich für alle Zukunft verpflichtet niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. S. Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß S. Majestät dem Botschafter nichts Weiteres mitzutheilen habe. S. Majestät der König von Bayern wird ein Gefühl dafür haben, daß Benedetti den König auf der Promenade wider dessen Willen provozirend angeredet hat, um obige Forderung stellen zu können.“ Am gleichen Tage berichtet Freiherr v. Tautphöus aus Berlin: „Den Krieg selbst hält man hier in allen eingeweihten Kreisen für unausbleiblich und herrscht hierüber eine seltsame Freude, nicht bloß in den von Siegeszuversicht erfüllten Offizierskreisen, sondern auch im Auswärtigen Amte. Insbesondere soll Graf Bismarck, wie Herr v. Thile selbst mir meldete, sich ganz in seinem Elemente fühlen. Die französische Botschaft ist ohne alle Nachrichten. Bezüglich der Vorgänge in Ems erzählte mir Herr v. Thile, Graf Benedetti habe den König auf der Promenade unaufgefordert angesprochen und um eine definitive Antwort ersucht. Der König habe ihm keine Antwort gegeben und, als dann Benedetti später eine Audienz verlangte,

habe ihm der König die bereits telegraphisch gemeldete Mitteilung durch den Adjutanten machen lassen. Der Staatssekretär sagte mir noch bei dieser Gelegenheit, er nehme seine früheren tadelnden Äußerungen bezüglich Württembergs wieder zurück, nachdem Freiherr v. Varnbüler mieux tard que jamais inzwischen die württembergische Regierung Frankreich gegenüber engagiert habe“. Selbst der österreichische Reichskanzler Graf Beust muß gegenüber dem Grafen Fugger zugestehen, daß allerdings Frankreich durch sein Vorgehen den furor teutonicus auf ungeschickte Art gegen sich wachgerufen habe.

Wie haben nun diese weltgeschichtlichen Vorgänge und Meldungen auf die bayerische Regierung, zumal auf den Leiter der bayerischen Politik, den Staatsminister Grafen Otto v. Bray-Steinburg, gewirkt?

*

Es ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß Graf Bray während seines Wiener Aufenthaltes durch den Herzog von Gramont, den damaligen französischen Botschafter am österreichischen Hofe, von den militärischen Abmachungen zwischen Frankreich und Österreich verständigt worden sei. Es hat sich auch nicht der leiseste Anhaltspunkt dafür in den bayerischen Staatsakten gefunden. Wer die peinlich korrekte Amtsführung des Grafen Bray beobachtet hat, zweifelt keinen Augenblick, daß er seiner Regierung darüber berichtet hätte. Was er auf Weisung seiner Regierung in den Jahren 1868 und 1869 tatsächlich aus den Wiener Kreisen berichtete oder berichten konnte, geht über Allgemeinheiten und über temperamentvolle Äußerungen des Herzogs von Gramont, die dann von der Pariser Regierung dementiert wurden, nicht hinaus und wurde von ihm selbst in die Worte zusammengefaßt: „Die Idee und Gefahr eines Krieges besteht leider und lastet schwer auf Europa; zu bestimmten Entschlüssen hat es der alternde Napoleon, der durch einen Krieg nichts gewinnen, aber alles verlieren kann, nicht gebracht.“ Es ist nicht einmal wahrscheinlich, daß Gramont selbst damals schon in die Einzelheiten der französisch-österreichischen Verhandlungen eingeweiht war; diese wurden zwischen Kaiser Napoleon und dem österreichischen Botschafter Fürsten Metternich persönlich geführt.

Ebenso unbegründet ist die Beschuldigung, Graf Bray habe als Minister, trotz des bestehenden Schutz- und Trutz-